

Der schwarze Peri-Peter



Mit Pumpen gegen die gefährliche braune Brühe: Der Binnenkanal am Hochwasser-Sonntag, 2. Juni. (Bild: Samuel Tanner)

Seit dem grossen Hochwasser sind drei Wochen vergangen, an vielen Orten ist aufgeräumt, längst treibt die Nachrichtenflut neue Themen heran. Eine Frage bleibt: Wird die Politik es schaffen, den Hochwasserschutz bis zum nächsten Ereignis zu verbessern? Von Samuel Tanner

Kommentar

Zehn Tage nachdem der Binnenkanal Keller flutete und über die Ufer trat, sieht er schon wieder aus wie ein gemütlicher Dorfbach – und das ist ja genau das Problem. Die Mulden vor den Häusern in Widnau sind die letzten Zeugen eines denkwürdigen Wochenendes. In der Nacht auf den 2. Juni war der Binnenkanal ein Ungeheuer, er führte 138 Kubikmeter Wasser pro Sekunde mit, eine zerstörerische Menge.

Am Mittag darauf, kurz nach zwölf, stieg Binnenkanal-Präsident Roland Wälter hinab in den Kommandobunker Verahus des Führungsstabs Mittelrheintal, er hatte eine strenge Nacht mit einigen Rapporten hinter sich, wie alle in dem Raum. Neben ihm sass Christa Köppel, die Gemeindepräsidentin von Widnau. Mit ernster Miene sagte sie: «Es traf uns noch härter als 1999 beim Jahrhunderthochwasser. Aber wir waren besser gewappnet als damals, wir waren besser organisiert.»

Konkreter wurde damals niemand; Betroffenheit, Pendenzenlisten und Müdigkeit waren noch zu gross.

Wochen später muss es nun aber darum gehen, politische Fragen zu beantworten. Was geschah im Hochwasserschutz seit 1999? Wäre mehr möglich gewesen? Und: Was kann in den nächsten Jahren unternommen werden, damit sich ein Wochenende wie jenes Anfang Juni nicht wiederholt?

Es werden Jahre vergehen

Als Erster äusserte sich jemand, der das Hochwasser im Internet, bei Blick und myrheintal.ch verfolgte. In St. Gallen tagte am Dienstag danach der Kantonsrat, es ging um Gelder aus dem Lotteriefonds, als die CVP dafür warb, eine halbe Million Franken zu sprechen für nicht versicherbare Schäden jenes Wochenendes. Werner Ritter, Kantonsrat aus Hinterforst, stand auf, knöpfte sich das Jackett zu und legte los: «Ein Ja ist nichts anderes als vernünftig. Wir geben Geld aus für Leute in Syrien – da dürfen wir jetzt unsere eigenen Leute nicht vergessen. Und: Das Rheintal hat den Wasserbau nicht vernachlässigt, Projekte laufen, aber bis es so weit ist, werden Jahre vergehen.»

Die Gelder wurden am Ende gesprochen.

Eine Woche später bittet Werner Ritter in sein Büro im Widnauer Forum, 2. OG, Advokatur Ritter. Am Schreibtisch sitzt der Mann, der 2012 einen 158-seitigen Kommentar zum Wasserbaugesetz des Kantons St. Gallen veröffentlicht hat. Wieso er sich das antut? «Der Wasserbau wird das Rheintal in den nächsten Jahren massiv prägen. Am Rhein soll gebaut werden, am Binnenkanal auch. Zudem kommen Wildbäche in die Jahre. Und noch weiss keiner genau, wer was zahlt.»

Alleine die Situation am Binnenkanal ist kompliziert; es geht um Sondervorteile – und eigentlich auch um Sondernachteile. Rund um den Fluss gibt es etwa so viele verschiedene Interessen wie ein Tausendfüssler Füsse hat.

Da sind die Anwohner, die am liebsten die absolute Hochwassersicherheit hätten – ohne etwas dafür zu bezahlen. Da sind die Gemeinden, die im Steuerwettbewerb stehen und keine Lust haben, Unsummen auszugeben für Massnahmen, die nur in Ausnahmefällen zum Zug kommen. Da sind die Bauern, die ihr Land nur ungern für Flusserweiterungen preisgeben. Da sind Ökologieverbände, die einsprechen, wenn nicht genügend renaturiert wird. Da ist der Zweckverband Binnenkanal, Eigentümer des Gewässers, der auf grosse Lösungen pocht. Und da ist ein ziemlich kompliziertes Finanzierungssystem für Massnahmen im Hochwasserschutz; aufgebaut auf Wörtern wie Sondervorteilsprinzip und Perimeter.

Vereinfacht ausgedrückt geht das Gesetz so: Wer überschwemmungsgefährdet ist, zahlt den entscheidenden Teil. Kaum belangt werden hingegen jene, die zwar entwässert werden, jedoch keine Angst vor einem gefluteten Keller haben müssen. Wer wie viel zahlt, Anstösser für Anstösser, legt ein Perimeter fest, der für jeden Fluss neu berechnet wird.

Werner Ritter kritisiert dieses System. Er sagt: «Wenn in den letzten Jahren ein Perimeter bekannt gegeben wurde, liefen die Betroffenen Sturm. Jene, die sehr stark belastet werden, sehen nicht ein, weshalb andere gar nichts zahlen. Nehmen Sie Rheineck, da kapitulierte der Stadtrat und verschob die Hochwasserschutzmassnahmen, weil er keine Lösung sieht im Kampf gegen die Einsprachen.»

Was heisst das nun für den Binnenkanal, Herr Ritter?

«Führen Sie sich den Kanal mal vor Augen. Da haben wir zum Beispiel Oberriet, das entwässert wird, jedoch kaum Siedlungen am Fluss hat. Und wir haben Widnau und Au – da verläuft der Binnenkanal mitten durchs Dorf. Diese Gemeinden müssten den Grossteil der Sanierungskosten übernehmen. Ich weiss nicht, ob zum Beispiel die Auer und Widnauer grosse Freude daran haben werden.»

Klingt nicht danach, dass bald Massnahmen umgesetzt werden können. Bräuchte es Ihrer Meinung nach einen Systemwechsel – weg vom Perimetersystem?

«Die Gemeinden werden den Widerstand überwinden müssen – ein Systemwechsel ist keine Option. Regierungsrat Willi Haag würde wohl eher zum Meeresgrund tauchen, als noch einmal das Wasserbaugesetz des Kantons St. Gallen zu ändern. Für den Zweckverband Binnenkanal geht es nun darum, ein Projekt so aufzuziehen, dass es breit akzeptiert ist und bei allen eine mittlere Unzufriedenheit auslöst. Das ist schwierig, ja, aber die Gemeindepräsidenten sind ja nicht nur gewählt, um 100-Jährigen zum Geburtstag zu gratulieren.»

Es gibt noch keinen Perimeter

Zwei Tage später lacht Roland Wälter über Ritters Spruch. Alleine die Art, wie der Präsident des Zweckverbandes Rheintaler Binnenkanal durch sein Büro kurvt, versprüht mehr Optimismus als das ganze Gespräch mit Werner Ritter.

Draussen, vor Wälters Bürofenster, lärmten Arbeiter, die Anlagen für die Diepoldsauer Kilbi aufstellen. Kindergeburtstag statt 100-Jahr-Geburtstag. Aber Wälter interessiert das jetzt nicht. Er steht kurz auf, schnappt sich einen Schreinermeter und fährt auf einer Karte dem Binnenkanal entlang.

Wälter hat angekündigt, an diesem Tag vor allem über die Zukunft reden zu wollen. Die Vergangenheit, das letzte Jahrhunderthochwasser, erlebte er noch in anderer Funktion, Roland Wälter präsidiert den Verband seit 2009. Dieses Stichwort ist der Startschuss zu einer längeren Erklärung seinerseits. «Als ich den Verband übernahm, sah ich: Seit 1999 wurden verschiedene Analysen und Studien gemacht, setzten die Dörfer einige Massnahmen um – aber eine gesamtheitliche Strategie fehlt.»

Gesamtheitlich, dieses Wort mögen Politiker. Es steht für grosse Zusammenhänge, es tönt wichtig. In diesem Fall passt es aber.

Drei Jahre nach seiner Feststellung, im April 2012, kann Wälter mit einer Studie an die Öffentlichkeit. Es soll 40 Millionen Franken kosten (zwei Drittel übernehmen voraussichtlich Bund und Kanton) und es enthält Gerinnenweiterungen und Absenkungen in Widnau und Au sowie ein Drosselbauwerk bei den Drei Brücken. Drosselbauwerk heisst: Eine Klappe regelt, wie viel Wasser durch Widnau fliesst – und wie viel Wasser zurückgestaut und im Rückhalteraum zurückbleiben wird.

Köppel nervt die Kritik

An verschiedenen Abenden ist das Projekt vorgestellt worden – Wälter war stets vor Ort, nahm Einwände entgegen, diskutierte mit. Aber breite Kritik kam nicht – einzig die Bauern meldeten Bedenken um ihre Wiesen an, die bald öfter geflutet werden könnten als bisher. «Wir sind im Gespräch», sagt Roland Wälter. Nur: Noch weiss man nicht, wer wie viel für das Millionenprojekt zahlen soll. Ein Perimeter ist erst in Arbeit, die höchste Hürde für das Projekt ist also noch nicht einmal in Sichtweite.

Roland Wälter sagt: «Ich bin dennoch zuversichtlich. Es ist ja jedem klar, dass es Massnahmen braucht.» Er schaut jetzt wie ein Glückskäfer – eigentlich logisch. Wenn jemand optimistisch zu sein hat, dann Roland Wälter, Präsident des Kanals. Er sagt: «Wir geben Gas, ich kann Ihnen nicht genau sagen, wann das Drosselbauwerk gebaut ist. Im zweiten Semester 2014 wird das Vorprojekt der Öffentlichkeit vorgestellt.»

Bleibt noch eine Frage an Roland Wälter. Weshalb planten die Verantwortlichen vor 2009 nicht gesamtheitlich?

«Auch meine Vorgänger haben nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.»

Aber nicht gesamtheitlich?

«Wie gesagt: Auch sie haben gut gearbeitet.»

Gerade neulich hatte dies wieder einmal jemand in Frage gestellt. Rheinbauleiter Daniel Dietsche zweifelte in einem Interview mit dieser Zeitung den Nutzen einzelner Dammerhöhungen in Widnau an.

Noch am Erscheinungstag nervte sich Gemeindepräsidentin Christa Köppel über diese Aussage. Einen Termin mit ihr zu finden, ist in diesen Tagen «unrealistisch». Köppel gibt am Telefon Auskunft über die Massnahmen der letzten vierzehn Jahre – und mit einer dreiseitigen, tabellarischen Aufstellung.

Sie listet die Verbesserungen auf: Höhere Kanaldämme entlang des Wohngebiets, erhöhtes Terrain als Auflage für neue Wohnbauten, Analyse neuralgischer Punkte, Schläuche mit Sandfüllung, Schläuche mit Wasserfüllung und Sandsäcke angeschafft, Trafo vor Hochwasser geschützt, leistungsfähigere Pumpen, Neuorganisation des Führungsstabs.

Die Liste ist noch länger, sie zeigt die Bemühungen der Behörden, aber sie zeigt auch: Der grosse Wurf, die gesamtheitliche Lösung ist nicht darunter. Sie soll jetzt erzielt werden – durch Gerinnausbau und Drosselbauwerk.

Was aber sagt Christa Köppel dazu, dass Widnau einen Grossteil des Millionenprojekts tragen wird? Erwartet sie Widerstand? Wie steht sie zum Perimetersystem? Am Telefon sagt sie: «Schon jetzt über die Finanzierung zu diskutieren, ist unseriös. Sie können ja nicht die 17. Kommastelle verhandeln, wenn Sie noch nicht einmal wissen, was vor dem Komma steht.»

«Respekt vor dem Ereignis»

Vorerst geht es für Köppel um Sofortmassnahmen, der Bürger will Ergebnisse sehen, keine Vorprojekte. Man wird jetzt prüfen, wo Dämme aufgeschüttet, wie Trafostationen noch besser geschützt und wo Pumpen platziert werden sollen. Es sind die Massnahmen, an die sich die Politiker nun klammern, sie beweisen den guten Willen. Oder «den Respekt vor dem Ereignis», wie Christa Köppel sagt.

Bis der Durchbruch im Kampf gegen das Hochwasser am Binnenkanal gelingt, braucht es grosse Kompromisse, wichtige Entscheide, viel Geld. Ein viel kleineres, aber dennoch wichtiges Detail: Vielleicht sollte man nicht mehr von einem Jahrhunderthochwasser sprechen, wenn es um das Wochenende Anfang Juni geht. Wer ein Jahrhunderthochwasser überstanden hat, fühlt sich für die nächsten Jahrzehnte in Sicherheit.

Ein trügerisches Gefühl.